

Wie gestaltet sich die Zukunft der Völker in Syrien?

VON RECEP MARAŞLI

Seit sieben Jahren tobt der Bürgerkrieg, ohne dass es Hoffnung auf eine Lösung oder auf den Frieden gibt. Als der „Arabische Frühling“ 2011 auch Syrien in seinen Bann zog, haben viele politische Beobachter nicht vermutet, dass das Land einen so entschiedenen Widerstand leisten würde. Sie nahmen an, dass das Regime von Präsident Assad bald Geschichte sein würde. Deswegen haben die Sprecher der türkischen Machthaber damals verkündet, dass sie bald „das Freitagsgebet in Damaskus verrichten“ würden. So kam es nicht.

Dem „Arabischen Frühling“ entsprang das Ungeheuer des sog. Islamischen Staates. Bald wurde es offensichtlich, dass unter dem Schirm der „syrischen Opposition“ sich zahlreiche kleinere und größere bewaffnete dschihadistische Gruppierungen befanden, die nichts mit Demokratie und Freiheit im Sinn hatten.

Die Bilanz ist bedrückend: 500.000 Zivilisten haben ihr Leben verloren, 1,5 Millionen Menschen sind zu Flüchtlingen geworden, Städte und sonstige Ortschaften liegen in Trümmern, wir haben einen ethnischen und kulturellen Zusammenbruch erlebt.

Nachdem im vergangenen Jahr der Islamische Staat (wenn auch nicht vollständig) geschlagen wurde, scheint Syrien in vier Gebiete unterteilt zu sein:

1. Ein vom syrischen Regime kontrolliertes Gebiet; 2. das Gebiet unter der Kontrolle der Syrischen demokratischen Kräfte (SDF) im Norden (Rojava); 3. das Gebiet um Idlip unter der Kontrolle der dschihadistischen Gruppen; 4. das Gebiet unter der Kontrolle der Türkei.

Wenn auch die Türkei von Anfang an dschihadistische Gruppen mit Waffen und Logistik versorgte und Rückzugsgebiete bot und somit Teil des syrischen Bürgerkrieges wurde, war ihre damalige Politik von Misserfolgen gezeichnet. Als Preis dafür musste sie Tausende von syrischen Flüchtlingen aufnehmen. Dass er dort zu einem wirklich einflussreichen Akteur wurde, hängt damit zusammen, dass sie den ökonomischen Sanktionen Russlands – diese wurden nach dem Abschuss eines russischen Kampfflotts verhängt – nicht mehr standhalten konnte und mit Russland eng kooperierte, mit dem Iran paktierte.

Eigentlich war das ein Richtungswechsel. So konnte sie Teil des Handels um Syri-

ens Zukunft werden. Als Gegenleistung dafür wollte sie, dass im Norden Syriens eine kurdische Autonomie wie im Norden Iraks verhindert wird und ein Raum geschaffen wird, in dem die Gruppen, deren Schutzpatron sie war, sich zurückziehen und geschützt werden konnten. Das bedeutete



Beisetzung der Kämpfer von SDF und ihrer Alliierten nach dem türkischen Angriff auf Afrin © Wikimedia Commons

gewissermaßen die Sabotierung der US-amerikanischen Kurdenpolitik in Syrien.

Mit diesen Zielen scheint die Türkei mittelfristig sowohl mit dem syrischen Regime, aber auch mit Russland und dem Iran verbündet zu sein. Denn all diese Staaten sind gegen die Gründung einer kurdisch dominierten Entität im Norden Syriens. Sie sehen dieses Gebiet als eine direkte Einflusszone der USA und sind der Meinung, dass es zerschlagen oder „zurückerobert“ werden sollte. Andererseits waren Russland und der Iran bestrebt, die Türkei von der Bindung zur NATO und zu den USA zu lösen. Hierfür haben sie zwei wichtige Gebiete geopfert, in 2017 den Jarabulus–Azez-Korridor und in 2018 Afrin.

Was Russland und der Iran nicht berücksichtigt haben (vermutlich haben sie sich dafür nicht interessiert) ist die Tatsache, dass die Türkei – wie in Zypern geschehen – die besetzten Gebiete in Syrien allenfalls nur durch Gewalt verlassen würde. Es wird niemanden überraschen, dass sie in den besetzten Gebieten kurz- oder mittelfristig von ihr abhängige Strukturen schaffen, diese auszudehnen versuchen und Gegenstand von endlosen Verhandlungen und Interventionen machen wird.

Die russische Politik war erfolgreich und die Türkei bewegte sich in eine Richtung, die mit der Syrien-Politik der USA im Widerspruch war. Die Kooperation

mit Russland war auch für die Türkei von Nutzen. Denn schon seit den Anfängen der Republik konnte die Türkei mit der Androhung von Seitenwechsel erreichen, dass der Westen bei allem, was sie tat, ein Auge zu drückte. Diese Rolle hatte die Türkei nach dem Ende des Kalten Krieges größtenteils

verloren. Nun kann sie der EU und den USA mit der Androhung von Seitenwechsel wieder drohen. Die negativen Folgen kann man in vielen Ländern der EU, allen voran in Deutschland beobachten. Auch wenn sie die Autokratie Erdogans nicht gutheißt, tolerieren sie diese zähneknirschend.

Wie werden sich die türkischen Politiken bezüglich Syrien die Beziehungen zu den anderen Akteuren der Region Saudi-Arabien, Ägypten, Israel und insbesondere zu den USA bedingen? Die wichtige Frage, vor der wir stehen, ist diese: die Türkei verlangt für die Normalisierung der Beziehungen die Erfüllung dieser Bedingungen: keine kurdische Entität östlich des Euphrats, kein Schutz und Unterstützung für die YPG.

Die Türkei beschuldigt die USA des Öfteren mit einer nicht unbedingt diplomatischen Sprache, die „terroristische YPG“ zu unterstützen und diese nicht so einzuordnen wie den Islamischen Staat. Des Weiteren kritisiert sie die USA dahingehend, dass diese ihr Versprechen, die YPG aus dem westlich des Euphrats gelegenen Manbidsch zu vertreiben, gebrochen hätten.

Die USA ihrerseits möchten sich nicht zwischen der kurdischen Opposition, die ein bedeutendes Gebiet unter ihre Kontrolle hält, und der Türkei entscheiden.

Schon seit der zweiten Amtszeit von Obama ist der Rückzug Amerikas aus der

Region offensichtlich. Jedoch merken die USA, dass ein unregelmäßiger Rückzug immense Schäden nach sich ziehen könnte. Ein Beispiel dafür ist der militärische Rückzug der USA aus dem Irak bei gleichzeitiger Lockerung der politischen Kontrolle, der zu einer Stärkung des Islamischen Staates geführt hat.

Der Pentagon und Präsident Trump betonen bei jeder Gelegenheit ihre Wertschätzung für die YPG-Kämpfer. Allerdings haben dieselbe USA, die die Syrischen demokratischen Kräfte östlich des Euphrats unterstützen, nichts gesagt, als die Türkei Afrin besetzte. Diese schweigende Zustimmung interpretieren die Kurden als ein Entgegenkommen an die Türkei, um sie an der Seite der USA zu halten. Kurdische Stimmen erinnerten daran, dass man der imperialistischen Macht USA nicht trauen dürfe, die nicht zögerten, die Kurden im Stich zu lassen. So gesehen ist es der türkischen Politik gelungen – was Syrien anbetrifft – Zwietracht zwischen den USA und den Kurden zu säen. Wenn diese Entwicklung unkontrollierbar werden sollte, kann die Türkei den USA sehr leicht garantieren, die derzeit von der YPG geleisteten militärischen Aufgaben zu übernehmen. Dann könnte die Türkei weitere Gebiete besetzen und dies wiederum könnte zu größeren Kämpfen im Norden Syriens führen.

Unlängst hat das State Department überraschend ein Kopfgeld für drei führende PKK-Führer Murat Karayilan, Cemil Bayik und Duran Kalkan ausgesetzt. Das hat Fragen bezüglich der Zukunft der kurdisch-amerikanischen Allianz in Syrien aufgeworfen, auch wenn dies noch zu keiner großen Krise geführt hat. Man kann das auch für ein Ablenkungsmanöver der USA halten. Vielleicht sollten die Beziehungen zur YPG kaschiert werden. Denkbar ist auch, dass dies Ergebnis der fehlenden Kohärenz innerhalb der US-Administration ist. Denn während das Kopfgeld ausgesetzt wurde, haben militärische Kreise offen gesagt, dass sie die YPG nicht als eine terroristische Organisation ansehen und die Kooperation mit ihr fortsetzen werden.

Für das Schicksal der Völker in Syrien wird der Ausgang des türkisch-amerikanischen Widerstreits besonders im Osten des Euphrats entscheidend sein. Wenn dabei das amerikanische Prinzip „weniger Kosten, weniger Risiko“ bestimmend sein sollte, wird das Fallenlassen die „preiswertere“ Lösung sein.

Die langfristige vernünftige Lösung, die die USA aus dieser Sackgasse heraus führen

könnte, bestünde darin, ein Einvernehmen zwischen der Türkei und der YPG herbeizuführen. Das würde irgendwie bedingen, dass eine Verhandlungslösung mit der PKK angestrebt wird, mindestens jedoch eine Feuerpause erreicht wird. Das ist natürlich ganz und gar nicht einfach, insbesondere für die Türkische Republik.

Wenn wir einmal von den systematischen Provokationen und militärischen Zwischenfällen absehen, die den Zweck verfolgen, in Rojava militärisch zu intervenieren, herrscht in den von den Syrischen demokratischen Kräften beherrschten Gebieten Ruhe und Stabilität. Das zeigt, dass anstatt der syrischen Zentralherrschaft ein alternatives Modell durchaus funktionieren und erfolgreich sein kann. Und das unter den Bedingungen einer zerstörten Infrastruktur und des durchaus kritisch diskutierten Kantonmodells.

So war die Region Afrin seit Beginn des Bürgerkrieges zunächst unter der Führung der YPD, später der Syrischen demokratischen Kräfte eines der seltenen Gebiete, das seinen inneren Frieden und seine plurale Struktur bewahrt hatte. Der Einmarsch der Türkei hat den Krieg, die Zerstörung und die Flucht auch dorthin getragen. Die Nachrichten von den Plünderungen und Vergewaltigungen der dschihadistischen Banden wollen nicht aufhören. Und vor Kurzem wurde publik, dass die Türkei die Olivenernte von Afrin beschlagnahmt und diese dem eigenen Binnenmarkt zur Verfügung gestellt hat.

Aber ist diese Region völlig frei von Problemen wie es von außen erscheint? Sind alle inneren Konflikte und Probleme gelöst? Zunächst einmal ist es so, dass das von den Syrischen demokratischen Kräften kontrollierte Gebiet ungleich größer ist als Rojava, also „West Kurdistan“. In den politischen Karten von Kurdistan machte Syrien den kleinsten Anteil aus, heute ist es genau andersrum. Das deutet darauf hin, dass die Kurden militärisch wie politisch zum ersten Mal Siedlungen und Gebiete außerhalb ihrer geographischen und politischen Ziele beherrschen. Die PYD-Führung hat davon abgesehen, dieses Gebiet als „Kurdistan“ zu bezeichnen. Auf diese Weise haben sie die Zustimmung von arabischen, syrisch-orthodoxen, chaldäischen und turkmenischen Bevölkerungsgruppen zu einem gemeinsamen Administrationsmodell, das von allen ethnischen und religiösen und kulturellen Gemeinschaften angenommen werden kann, erleichtert. Auch wenn dieses Modell ein gemeinsames ist, scheint die Vorherrschaft der Kurden, das Ausleben ihrer nationalen Rechte und Freiheiten von ihnen

akzeptiert worden zu sein.

Allerdings möchten wir auf einige Konfliktpotenziale hinweisen. Politische Beobachter weisen darauf hin, dass es früher oder später zu einem „Verteilungskampf“ kommen werde und der gegenwärtige friedliche Zustand nur so lange andauern werde, bis die arabischen Stämme eine für sie günstigere Position gefunden haben. Andererseits gibt es die Patriotische Front von Syrisch-Kurdistan ENKS. Diese wird von der Autonomen Region Kurdistan und der Kurdischen Demokratischen Partei KDP unterstützt. Sie haben sogar auch die militärische Organisation, die Peshmerga von Roj. Es kann sein, dass diese bei bestimmten Entwicklungen verstärkt und in Kämpfe verwickelt werden könnte.

Ein anderes sensibles Thema betrifft die Gebiete wie Kamischli und Al-Hasaka. Diese werden noch teilweise vom syrischen Regime kontrolliert und regiert, wo man „nebeneinander“ lebt. Dass Nebeneinander von kantonalen und der Zentrale unterstellten Verwaltungen ist sicherlich interessant, trägt aber Konfliktpotenzial in sich, wenn Steuern eingetrieben und Soldaten rekrutiert werden sollen und dass aus Gründen der nicht endgültig festgelegten Grenzen.

Das „Verwaltungsverständnis“ führt bei ethnischer und kultureller Vielfalt zu Konflikten. So haben vor zwei Jahren syrisch-orthodoxe Kirchen und Einrichtungen aus Kamischli und Al-Hasaka ein Memorandum veröffentlicht, in dem sie die Benutzung ihrer Schulen durch die Syrischen demokratischen Kräfte für Verwaltungszwecke beklagten. Davor waren zwei syrisch-orthodoxe Militärkommandeure von der YPG hingerichtet worden. Auch wenn dieser Vorfall gerichtlich verfolgt und bestraft wurde, zeigt es, dass die Syrisch-Orthodoxen mit dem Verhalten der Obrigkeit unzufrieden sind und ihnen kein Vertrauen entgegenbringen. Die Schließung einer syrisch-orthodoxen Schule durch die kantonale Verwaltung von Cizre mit der Begründung, in diesen werde nicht entsprechend dem Lehrplan unterrichtet, wurde von Menschenrechtlern heftig kritisiert.

Dies belegt, mit welchen Problemen die „plurale Verwaltung, Bildung, Kultur“ auch zukünftig konfrontiert werden kann. Es ist angebracht darauf hinzuweisen, dass in einem Gebiet, wo sensible Gleichgewichte, mangelndes Vertrauen und Widersprüche vorhanden sind, es zur Vertiefung des Misstrauens und zu Kämpfen kommen kann, wenn man Probleme mit bürokratischen Zwangsmaßnahmen zu lösen versucht.

Aus dem Türkischen von RAFFI KANTIAN